

Niederschrift

über die 11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach am Freitag, dem 27. Mai 2005, 16.00 Uhr bis 19.50 Uhr, im Saal 13, Verwaltungsgebäude, Markt 22

<u>Anwesenheit:</u>	CDU:	Köckert , Adam, Leutheuser, Meyer, Müller, Dr. Oefner, Dr. Sinn, Straßburg, Suck (bis 18.40 Uhr)
	PDS:	May (bis 18.20 Uhr), Duft, Pechstädt, Schenke, Tikwe, Voß (bis 18.50 Uhr), Werner, Wolf
	SPD:	Doht , Levknecht, Dr. Schenk, Tikwe
	Bündnis 90/ Die Grünen:	Rexrodt , Schultz, Schweßinger
	BfE:	Gottstein , Apel, Rabe (bis 18.20 Uhr)
	EA:	Fischer

Stadtverwaltung:

Oberbürgermeister, Herr Schneider
Bürgermeister, Herr Nielsen

Büroleiter OB, Herr Dr. Nienaber
Referent für Umwelt und Verkehr, Herr Päsler
Gleichstellungsbeauftragte, Frau Quentel
Pressestelle, Herr Wuggazer
Amtsleiter Haupt- und Organisationsamt, Herr Strathmann
Stellv. Amtsleiter Personalamt, Herr Zuschlag
Auszubildende
Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt, Frau Kirschner
Stellv. Amtsleiterin Finanzverwaltung, Frau Seibicke
Mitarbeiter Kämmerei, Herr Hoffmann
Abteilungsleiterin Volkshochschule, Frau Hedwig
Amtsleiterin Sozialamt, Frau Kranz
Abteilungsleiter Schulverwaltung, Herr Seelig
Abteilungsleiterin Jugend, Frau Stephan
Amtsleiterin Amt für Stadtentwicklung und Wirtschaft, Frau Menge
Amtsleiter Tiefbauamt, Herr Matthes
Werkleiterin Stadtwerke, Frau Mittelstädt

entschuldigt: Frau Braun – CDU – dienstlich verhindert
Herr Lindig – CDU – dienstlich verhindert
Frau Mereuta – CDU – dienstlich verhindert
Herr Ruhkamp – CDU – dienstlich verhindert
Herr Grabe – PDS – verhindert
Herr Gentzel – SPD – dienstlich verhindert
Frau Stein – SPD – Urlaub

Herr Hofmann – EA - Urlaub

Gäste: Herr Prof. Dr. Butscher, sachkundiger Bürger
Herr Jentsch, sachkundiger Bürger
Herr Hardel, sachkundiger Bürger
Presse
Bürger

Schriftführer: Frau Steffan, Frau Seelig

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, eröffnet die 11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach und begrüßt alle Anwesenden.

Die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung wird festgestellt. Dagegen werden keine Einwände erhoben.

Zu Beginn der Sitzung sind 28 Stadtratsmitglieder anwesend und 8 entschuldigt. Damit ist die Beschlussfähigkeit der Sitzung entsprechend § 36 Abs. 1 ThürKO festgestellt.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, gratuliert den Stadtratsmitgliedern, die zwischen der letzten Sitzung und der heutigen Sitzung Geburtstag hatten.

Des Weiteren liegt ein Dringlichkeitsantrag des Stadtratsmitgliedes, Frau Wolf - PDS-Stadtratsfraktion mit folgendem Betreff vor: Castortransporte

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, bitte das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, um die Begründung der Dringlichkeit zu vorgenanntem Antrag.

Das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, begründet die Dringlichkeit ausführlich.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, spricht sich gegen den Dringlichkeitsantrag aus, weil die Information schnell gegeben ist. Des Weiteren informiert der Oberbürgermeister, Herr Schneider, darüber, dass am Montag - nach Polizeiauskunft von 16.30 bis 18.00 Uhr - der Castortransport Eisenach passiert und dazu eine Vollsperrung der Autobahn zur entsprechenden Zeit erfolgt. Der zusätzliche Verkehr in der Stadt Eisenach ist nach Meinung des Oberbürgermeisters von jedem zu berücksichtigen. Des Weiteren sind die Einrichtungen des Katastrophenschutzes, der Feuerwehr und das Technische Hilfswerk über die Terminkette informiert und zur Absicherung des Transportes eingebunden. Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, verweist zur Gefahrenlage auf die entsprechenden Veröffentlichungen des Bundesministeriums.

Abstimmung über die Dringlichkeit:	19 Stimmen dafür
	1 Stimme dagegen
	8 Stimmenthaltungen

Damit ist die Dringlichkeit bestätigt und der Antrag wird als Tagesordnungspunkt 26 – öffentlicher Teil - behandelt.

Die EA-Stadtratsfraktion zieht den Antrag – Gewährung eines Sozialpasses – von der Tagesordnung zurück – TOP 8. Ebenso zieht die PDS-Stadtratsfraktion den Antrag –

Fortschreibung der Gewährung des Eisenacher Sozialpasses – von der Tagesordnung zurück – TOP 9.

Da es keine weiteren Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung gibt, gilt die geänderte Tagesordnung.

Nr. 2 der TO: Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde wurde keine Anfrage gestellt.

**Nr. 3 der TO: Genehmigung der Niederschrift über die 9. Sitzung am
15. April 2005 – öffentlicher Teil**

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, erklärt, dass zur Niederschrift über die 9. Sitzung des Stadtrates am 15. April 2005 kein Änderungsantrag vorliegt.

**Abstimmung: 27 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 1 Stimmenthaltung**

Damit ist der öffentliche Teil der Niederschrift bestätigt.

Beschluss-Nr.: 0165/2005

**Nr. 4 der TO: Genehmigung der Niederschrift über die 10. Sitzung am
28. April 2005 – öffentliche Sitzung**

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, erklärt, dass zur Niederschrift über die 10. Sitzung des Stadtrates am 28. April 2005 kein Änderungsantrag vorliegt.

**Abstimmung: 27 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 1 Stimmenthaltung**

Damit ist der öffentliche Teil der Niederschrift bestätigt.

Beschluss-Nr.: 0166/2005

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Doht, verweist auf das Protokoll der Sondersitzung und für ihn stellt sich die Frage, ob eine Sitzung stattgefunden hat und ob es eine Niederschrift gibt.

Nr. 5 der TO: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, weist darauf hin, dass Folgendes in schriftlicher Form vorliegt:

- Schreiben des Staatssekretärs im Innenministerium
- Berichtsvorlage – Einberufung eines wissenschaftlichen Kuratoriums zur Vorbereitung des Elisabeth-Jahres 2007
- Berichtsvorlage - Leitbild der Stadtverwaltung Eisenach
- Berichtsvorlage - Wirtschaftsförderbericht der Stadt Eisenach für das Jahr 2004
- Einladung des ADFC zum bundesweiten Aktionstag „Ohne mein Auto in die Stadt“

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, lädt im Auftrag des Eisenacher Schwimm- und Sportvereines die Stadtratsmitglieder zur Eröffnung des Freibades am 11.06.2005 und zur aktiven Gestaltung des Tages ein. Einer der Höhepunkte dieses Tages soll nach Informationen ein Staffelschwimmen mit Prominenten dieser Stadt werden. Start soll um 12.00 Uhr sein.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, lädt die Stadtratsmitglieder für den 31.05.2005 um 17.15 Uhr ins Hallenbad ein und informiert, dass an diesem Tag der Minister den Fördermittelbescheid in Höhe von 2,25 Mio. € für die Sanierung und Erweiterung der Schwimmhalle übergibt. Des Weiteren erklärt der Oberbürgermeister, dass alle Stadtratsmitglieder von ihm persönlich am 19.11.2004 und am 21.04.2005 für den Auftritt des Chors aus Waverly eine Einladung bekommen haben. An dieser Stelle kritisiert der Oberbürgermeister, dass dieser Einladung nur 4 Stadtratsmitglieder gefolgt sind. Kritisiert wird vom Oberbürgermeister auch die Abwesenheit der PDS-Stadtratsmitglieder zur Kranzniederlegung am 08. Mai 2005 in den "Erlengraben".

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, lädt die Stadtratsmitglieder für den 23. Juli 2005 um 19.30 Uhr ins Bürgerhaus zu einem Gastspiel des Folklore Ensembles „Runj“ aus Mogilev ein.

Nr. 6 der TO: Entwurf der Haushaltssatzung mit den Anlagen für das Haushaltsjahr 2005
Hier: Einbringung

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, hält seine Einbringungsrede. Die Rede liegt schriftlich vor und wird zu den Akten der Sitzung genommen.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Doht, weist darauf hin, dass es nichts Neues ist, dass der Haushalt spät eingebracht wird und die derzeitige Situation allen bekannt ist. Aus Sicht des Fraktionsvorsitzenden ist der Hauptkritikpartner ausnahmsweise diesmal nicht der Oberbürgermeister, sondern der Ministerpräsident und die CDU-Alleinregierung in Erfurt. Nach Meinung des Fraktionsvorsitzenden, Herrn Doht, ist es unverantwortlich, was das Land macht. In Erfurt sind für ihn die Finanzen komplett aus dem Ruder gelaufen und diese Welle trifft auf die Kommunen und auch Eisenach mit einem Finanzierungsloch im kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 4 Mio. € und kann nicht ausgeglichen werden. Die Verantwortlichen machen es sich nach Aussage des Fraktionsvorsitzenden einfach, weil die Lasten immer eine Stufe weiter nach unten geschoben werden. Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Doht, geht auf die Gebührenerhöhungen ein, die schon beschlossen wurden und noch beschlossen werden sollen, und macht deutlich, dass das Maß erreicht ist. Kritisch sieht der Fraktionsvorsitzende, dass es keine Spielräume mehr gibt, auch auf Grund der Haushaltsvorgriffe, die beschlossen wurden. Der Fraktionsvorsitzende erklärt seinen Respekt dafür, dass die Finanzverwaltung einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt hat und das

Eisenacher Schiff so auf Kurs gehalten wird, dass die Verschuldung weiter heruntergefahren wird. Der Haushalt ist für den Fraktionsvorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion, Herrn Doht, Makulatur, weil es nichts mehr zu verteilen gibt und keine Möglichkeit besteht, andere Deckungen vorzunehmen. Darin sieht der Fraktionsvorsitzende ein wesentliches Recht des Stadtrates eingeschränkt.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2005 mitsamt ihren Anlagen wird zur Kenntnis genommen und zur Beratung an die Fachausschüsse und abschließenden Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmung: **29 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0167/2005

Nr. 7 der TO: Festlegung des Personenkreises für den Eisenacher Stadtpass

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, verweist auf einen Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Doht, begründet den Änderungsantrag. Im Änderungsantrag ist die Ermäßigung von Kindern von Stadtpassinhabern vorgesehen. Aufgefallen ist der SPD-Stadtratsfraktion, dass die Ermäßigung für Kinder und Sozialpassinhaber auf einer Ebene ist. Dies würde bedeuten, dass die Kinder von gutbetuchten Elternhäusern genauso viel bezahlen wie die Kinder von Stadtpassinhabern. Des Weiteren weist der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Doht, darauf hin, dass auch noch andere Dinge betroffen sind.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, macht deutlich, dass es in den Stadtpass nicht gehört, weil die Bedarfsgemeinschaften, die Kinder bis 18 Jahren beinhalten, und nicht nur die erwachsene Person einen Stadtpass bekommt, sondern auch die minderjährigen Kinder.

Das Stadtratsmitglied, Herr Dr. Schenk, fragt, ob es einen Kinderstadtpass gibt.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, macht deutlich, dass jedes Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft einen eigenen Stadtpass hat.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Doht, erklärt, dass sich der Antrag erledigt hat.

Der Ausschuss für Familie, Jugend, Soziales und Gesundheitswesen empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Festlegung des Personenkreises für den Eisenacher Stadtpass „Empfangsberechtigt sind Bezieher aus dem Arbeitslosengeld II (SGB II) und Bezieher der Grundsicherung für über 65-jährige und voll erwerbsgeminderte Personen, die Bezieher der Hilfe zum Lebensunterhalt des SGB XII sowie die Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“

**Abstimmung: 29 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0168/2005

Nr. 8 der TO: Antrag der EA-Stadtratsfraktion – Gewährung eines Sozialpasses

Der Antrag wurde von der Tagesordnung zurückgezogen.

Nr. 9 der TO: Antrag der PDS-Stadtratsfraktion – Fortschreibung der Gewährung des Eisenacher Sozialpasses

Der Antrag wurde von der Tagesordnung zurückgezogen.

**Nr. 10 der TO: Sportbad Eisenach GmbH (SEG)
 hier: Zustimmung zur Festsetzung privatrechtlicher Entgelte für die Nutzung des Freibades**

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, verliest den Änderungsantrag der PDS-Stadtratsfraktion mit folgendem Wortlaut:

„Die Preise sollen wie folgt geändert werden:
Tageskarte für Kinder: 1,50 €
Familienkarte: 7,00 €
(2 Erwachsene mit einem Kind
Jedes weitere Kind 1,00 €)“

Das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, begründet den Änderungsantrag und macht deutlich, dass ein Schwimmbadbesuch kein Luxus ist und man es auch nicht dazu machen sollte. Für sie ist es ein wichtiges Stück gesellschaftlichen Lebens. Des Weiteren sieht das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, die Stadt hier bei der Preisgestaltung in der Verantwortung für ihre Familienfreundlichkeit.

Des Weiteren liegt dem Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Meyer, ein Änderungsantrag der PDS-Stadtratsfraktion mit folgendem Wortlaut vor: „Der Stadtrat möge beschließen, den Eintrittspreis für eine Tageskarte für Stadtpassinhaber (Kinder) auf 1,50 € zu

reduzieren. Analog dazu sollen die Eintrittspreise für Mehrfachkarten und dergleichen für Stadtpassinhaber (Kinder) ebenfalls reduziert werden (Abendkarte 1,00 €, Zehnertageskarte 12,50 €, Zwanzigertageskarte 22,50 €).“

Das Stadtratsmitglied, Frau Müller, begründet den Änderungsantrag.

Der Fraktionsvorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein, erklärt, dass seine Fraktion dem Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zustimmt und begründet dies. Er kritisiert in diesem Zusammenhang, dass der Änderungsantrag der PDS-Stadtratsfraktion zum Haupt- und Finanzausschuss nicht vorgelegen hat. Des Weiteren weist der Fraktionsvorsitzende, Herr Gottstein, darauf hin, dass 80 % der Badbenutzer bereits subventioniert werden und das Freibad eine sehr gute Ausstattung hat. In diesem Zusammenhang weist der Fraktionsvorsitzende, Herr Gottstein, darauf hin, dass - wie im Haupt- und Finanzausschuss festgelegt - nach einer Überprüfung nach der Testphase nochmals über die Preise gesprochen werden sollte.

Auch die Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt, findet es bedauerlich, dass der PDS-Änderungsantrag erst heute eingebracht wird. Sie informiert, dass im Ausschuss für Bildung, Schule und Sport über eine Tageskarte diskutiert wurde und es dazu keine Mehrheit gab. Den Argumenten des Mißbrauches bei einer Tageskarte kann sich die Fraktionsvorsitzende nicht anschließen. Des Weiteren hält sie eine Unterbrechung bei einer Tageskarte für dringend erforderlich. Letztendlich hat sich aber die Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt, von den Argumenten aus dem Haupt- und Finanzausschuss leiten lassen erst eine Testphase durchzuführen. Sie gibt zu Protokoll, dass nach Abschluss der Saison die Geschäftsführung aufgefordert werden soll, Kalkulation, Ergebnisse und eine Analyse der Kalkulation und der erbrachten Ergebnisse vorzulegen.

Das Stadtratsmitglied, Herr Levknecht, erklärt, dass der Weg bis zur tatsächlichen Eröffnung eines neuen Sport- und Freizeitbades an der Katzenaue am 11. Juni 2005 lang, sehr lang, steinig, sehr steinig war und dies von den verschiedensten Faktoren abgehängt hat. Nun ist es endlich soweit. Nach Meinung des Stadtratsmitgliedes, Herrn Levknecht gibt es mit dem Eröffnungstag viel zu tun, um die Identifikation der Eisenacher mit ihrem Freibad herzustellen. Positiv ist für das Stadtratsmitglied, Herrn Levknecht, die kostenfreie Nutzung zum Trainings- und Wettkampfbetrieb für die eingetragenen Schwimmvereine der Stadt. Bauchschmerzen hat das Stadtratsmitglied bei der Eintrittspreise-Gestaltung trotz der Nachbesserungen. Er hofft, dass die Bad GmbH so flexibel ist, schnell und unbürokratisch Veränderungen zu treffen. Das Stadtratsmitglied, Herr Levknecht weist darauf hin, dass der Vorschlag im Ausschuss für Bildung, Schule und Sport für ein Zwei-Stunden-Ticket leider als nicht praktikabel verworfen wurde. Die Preise für Kinder- und Jugendliche erscheinen dem Stadtratsmitglied, Herrn Levknecht, ebenfalls zu hoch. In diesem Zusammenhang geht das Stadtratsmitglied, Herr Levknecht auf die Kosten am eigenen Beispiel ein. Um die jungen Eisenacher für das Freibad zu gewinnen müssen aus seiner Sicht noch Veränderungen geschaffen werden. Der komplette Redebeitrag liegt schriftlich vor und wird zu den Akten genommen.

Das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, erklärt, dass im Ausschuss für Familie, Jugend- und Soziales stark diskutiert wurde und deshalb liegt auch dieser Antrag vor.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, begründet die Beschlussvorlage und gibt zu bedenken, was die Stadt Eisenach vorhält und die Stadt Eisenach erheblich subventioniert.

Der Ausschuss für Familie, Jugend, Soziales und Gesundheitswesen empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 4 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Der Ausschuss für Bildung, Schule und Sport empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Abstimmung zum Antrag der PDS-Stadtratsfraktion: 12 Stimmen dafür
13 Stimmen dagegen
4 Stimmenthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion: 27 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
1 Stimmenthaltung

Damit ist der Antrag angenommen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Der durch die Geschäftsführung der Sportbad Eisenach GmbH (SEG) vorgelegten Entgeltübersicht (Anlage 1) des Eisenacher Freibades für das Jahr 2005 mit der vorgenommenen Änderung wird zugestimmt.**

**Abstimmung: 23 Stimmen dafür
3 Stimmen dagegen
2 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0169/2005

**Nr. 11 der TO: 1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die Volkshochschule der Stadt Eisenach
hier: Einbringung**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Der Stadtrat nimmt den Entwurf der 1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die Volkshochschule der Stadt Eisenach zur Kenntnis und verweist ihn gemäß § 15 (2) GO zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Bildung, Schule und Sport und in den Haupt- und Finanzausschuss. Die Beschlussfassung soll in der nächsten Stadtratssitzung erfolgen.**

Abstimmung: 29 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 0170/2005

Nr. 12 der TO: 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Kindergärten der Stadt Eisenach (Kindertagesstätten-Gebührensatzung)
 hier: Einbringung

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Der Stadtrat nimmt den Entwurf der 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Kindergärten der Stadt Eisenach (Kindertagesstätten-Gebührensatzung) zur Kenntnis und verweist ihn zur weiteren Beratung an die zuständigen Ausschüsse.

Abstimmung: 28 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 0171/2005

Nr. 13 der TO: Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 10.000,00 € durch die Stiftung „Hospitäler St. Justus, St. Spiritus und die von Eichel-Schreiber`schen Stiftungsfonds“ an das DRK, Kreisverband Eisenach e.V. für die Sanierung der Fassade des Hauses „Justusstift“

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Das Deutsche Rote Kreuz, Kreisverband Eisenach e.V., erhält von der Stiftung „Hospitäler St. Justus und St. Spiritus und von Eichel-Schreiber`schen Stiftungsfonds einen Zuschuss in Höhe von 10.000,00 € zur Sanierung der Fassade des Hauses „Justusstift“ in Eisenach.

Abstimmung: 27 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 0172/2005

Nr. 14 der TO: Vorgriff auf Haushaltsmittel 2005 in Höhe von 511.200,00 € bei der Haushaltsstelle 61500.98795 – Zuschüsse Privatmaßnahmen Stadtumbau

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Den Vorgriff auf Haushaltsmittel 2005 in Höhe von 511.200,00 € bei der Haushaltsstelle 61500.98795 – Zuschüsse Privatmaßnahmen Stadtumbau.**

**Abstimmung: 25 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
1 Stimmenthaltung**

Beschluss-Nr.: 0173/2005

Nr. 15 der TO: Vorgriff auf Haushaltsmittel 2005 in Höhe von 38.200,00 € bei der Haushaltsstelle 61500.98790 – Zuschüsse Privatmaßnahmen Stadtsanierung

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Den Vorgriff auf Haushaltsmittel 2005 in Höhe von 38.200,00 € bei der Haushaltsstelle 61500.98790 – Zuschüsse Privatmaßnahmen Stadtsanierung.**

**Abstimmung: 28 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltung**

Beschluss-Nr.: 0174/2005

Nr. 16 der TO: Verlegung der Bundesstraße B 19 im Stadtgebiet von Eisenach hier: Stellungnahme zum Vorentwurf

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 9 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 9 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

- 1. Der vom Straßenbauamt Südthüringen vorgelegte Vorentwurf zur Verlegung der Bundesstraße 19 nach Süden wird gebilligt;**

2. Der Stellungnahme zum Vorentwurf (Anlage 03) wird zugestimmt.

Abstimmung: **28 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 0175/2005

**Nr. 17 der TO: Bebauungsplan der Stadt Eisenach Nr. 18 „Spielhallen“
 hier: Einstellung des Verfahrens**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 9 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 9 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
 Die Einstellung des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes der Stadt Eisenach Nr. 18 „Spielhallen“.**

Abstimmung: **28 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 0176/2005

**Nr. 18 der TO: Bebauungsplan Nr. 26 „Autobahnanschlussstelle Eisenach
 Mitte“ – Einstellung des Verfahrens**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 9 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 9 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
 Das Bebauungsplanverfahren B 26 „Autobahnanschlussstelle Eisenach Mitte“ einzustellen.**

Abstimmung: **28 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 0177/2005

**Nr. 19 der TO: Bebauungsplan der Stadt Eisenach Nr. 36 „Östliche Karl-Marx-Straße“
hier: Einstellung des Verfahrens**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 9 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 9 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Die Einstellung des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes der Stadt Eisenach Nr. 36 „Östliche Karl-Marx-Straße“.**

**Abstimmung: 28 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 1 Stimmenthaltung**

Beschluss-Nr.: 0178/2005

**Nr. 20 der TO: 2. Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung der Stadt Eisenach
hier: Beratung und Beschlussfassung**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Die 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Eisenach (Friedhofsgebührensatzung).**

**Abstimmung: 16 Stimmen dafür
 11 Stimmen dagegen
 2 Stimmenthaltung**

Beschluss-Nr.: 0179/2005

Nr. 21 der TO: Antrag der PDS-Stadtratsfraktion – Schaffung der Voraussetzungen zur Einrichtung einer Kinder- und Jugendkonferenz

Das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, begründet den Antrag ausführlich. Die Rede liegt schriftlich vor und wird zu den Akten genommen.

Das Stadtratsmitglied, Frau Müller, informiert, dass der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschlusstext empfiehlt: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Voraussetzungen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an konkreten Projekten und Vorhaben zu schaffen.“ In der Diskussion zur Empfehlung wurde nach Meinung des Stadtratsmitgliedes, Frau Müller, deutlich, dass sowohl die gesetzlichen als auch praktischen Voraussetzungen für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gegeben sind. In diesem Zusammenhang geht das Stadtratsmitglied, Frau Müller, auf die gesetzlichen Vorgaben ein und macht deutlich, dass somit mit der Abteilung Jugend eine grundsätzliche Rahmenvoraussetzung gegeben ist, um Kindern und Jugendlichen die Beteiligung zu allen sie betreffenden Entscheidungen zu ermöglichen. Das Stadtratsmitglied, Frau Müller, erläutert die vielfältigen Maßnahmen, Veranstaltungen, Beteiligungsformen usw.. Zum Abschluss ihrer Ausführungen stellt das Stadtratsmitglied, Frau Müller, folgenden Änderungsantrag: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **weiterhin** die Voraussetzungen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an konkreten Projekten und Vorhaben zu schaffen.“

Der Redebeitrag des Stadtratsmitgliedes, Frau Müller, liegt schriftlich vor und wird zu den Akten der Sitzung genommen.

Der Ausschuss für Familie, Jugend, Soziales und Gesundheitswesen empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen und 4 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 4 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 3 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
der Oberbürgermeister wird beauftragt, weiterhin die Voraussetzungen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an konkreten Projekten und Vorhaben zu schaffen.**

**Abstimmung: 16 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 12 Stimmenthaltung**

Beschluss-Nr.: 0180/2005

Nr. 22 der TO: Antrag der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion – Verfassungsklage gegen den kommunalen Finanzausgleich des Freistaates Thüringen

Die Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt, begründet den Antrag.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Die Verfassungsmäßigkeit des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes 2005 überprüfen zu lassen und Verfassungsbeschwerde beim Thüringer Verfassungsge-**

richtshof zu erheben. Der Oberbürgermeister wird beauftragt und ermächtigt, die Prozessvollmacht für den vom Gemeinde- und Städtebund Thüringen verpflichteten Prozessbevollmächtigten zu erteilen.

**Abstimmung: 23 Stimmen dafür
 1 Stimme dagegen
 4 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0181/2005

Nr. 23 der TO: Antrag der PDS-Stadtratsfraktion – Beanstandung der Vergabe der Leistungsphase III zur Errichtung einer Restabfallbehandlungsanlage durch den ZASSt und Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz beim zuständigen Verwaltungsgericht

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, erklärt, dass ein Änderungsantrag des Oberbürgermeisters mit folgendem Wortlaut vorliegt: „Die Verbandsräte der Stadt Eisenach im Abfallzweckverband werden beauftragt, eine Erweiterung der Verbandsatzung des AZV in der nächsten Verbandsversammlung zu beantragen. Hierbei sind vorbereitende Beschlüsse des AZV für die Verbandsversammlung des ZASSt in den § 7 aufzunehmen und unter die 4/5 Mehrheit zu stellen.“

Das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, begründet den Antrag der PDS-Stadtratsfraktion. Die Begründung liegt schriftlich vor und wird zu den Akten genommen. Des Weiteren macht das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, deutlich, dass der Änderungsantrag legitim ist und auch unterstützt wird, allerdings nicht als Änderungsantrag, sondern als Zusatz zum Antrag der PDS-Stadtratsfraktion.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, sieht das Verhalten und die Aussagen der PDS-Stadtratsfraktion als sehr widersprüchlich an. Von Frau Wolf wird angesprochen, dass keine Minderheitenrechte anhand der Satzung des AZV durchgesetzt werden können. Dies widerspricht nach Aussage des Oberbürgermeisters dem Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit. Der Aussage dazu widerspricht der Oberbürgermeister, Herr Schneider, ausdrücklich. Nach Meinung des Oberbürgermeisters sind Dinge in der Satzung geregelt, die eine 4/5 Mehrheit bedürfen. Die Satzung wurde mit PDS-Zustimmung im Stadtrat beschlossen und genehmigt. Des Weiteren stimmt es nicht, dass es bei der Müllverbrennungsanlage keine Eingriffsmöglichkeiten der PDS-Fraktion über die 4/5 Mehrheit gegeben hat, denn die PDS Verbandsräte haben die Chance, die sie hatten, vertan. Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, macht deutlich, dass am 29.11.2004 eine Verbandsversammlung des ZASSt stattgefunden hat, in dem Herr Grabe als Verbandsrat entschuldigt fehlte und kein Vertreter teilgenommen hat. In dieser Verbandsversammlung wurde einstimmig der Wirtschaftsplan des Abfallzweckverbandes beschlossen. Mit dem Wirtschaftsplan wurde nach Aussage des Oberbürgermeisters ein Darlehen zum Bau einer Müllabfallverbrennungsanlage von 1,36 Mio. € mit einer 4/5 Mehrheit beschlossen. Für den Oberbürgermeister, Herrn Schneider, heißt das, dass die materiellen Grundlagen für den Bau der Anlage durch den AZV im Rahmen dieser Verbandsversammlung geschaffen wurden. Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, fragt sich, warum dieses demokratische Recht in der Verbandsversammlung nicht wahrgenommen wurde. In diesem Zusammenhang weist der Oberbürgermeister, Herr Schneider, nochmals darauf

hin, dass etwas anderes angesprochen wurde, als im Antrag steht. Es wurde die Überprüfung der Stimmabgaben angesprochen bei der Verbandsversammlung am 29. April 2005. Dies soll nach Meinung der PDS beklagt werden. Im Antrag der PDS steht nach Meinung des Oberbürgermeisters aber, dass die Leistungsphase III beanstandet werden soll. Die Vergabe der Leistungsphase ist für den Oberbürgermeister aber etwas anderes als die Überprüfung des Stimmverhaltens. Für die Vergabe der Leistungsphase hat die PDS-Stadtratsfraktion einen Streitwert von 120 Mio. €, wie dieser abgedeckt werden soll, kann sich der Oberbürgermeister nicht vorstellen. Des Weiteren kann er der rechtlichen Einschätzung der PDS-Stadtratsfraktion nicht folgen. Dazu führt der Oberbürgermeister, Herr Schneider, weiter aus, dass das hoheitliche Recht zum Einsammeln und Versenken von Abfällen als kommunale Gebietskörperschaft durch die AZV-Satzung abgegeben wurde. Aus diesem Grund sieht der Oberbürgermeister auch keine Klagebefugnis. Des Weiteren hat die Stadt Eisenach das Klageverfahren mit 10 Mio. € gerechnet und Verfahrenskosten – wenn dieser Antrag ohne Verhandlung wegen Unzuständigkeit abgelehnt wird – auf 138.000 € an Prozesskosten errechnet und aus diesem Grund wird auch ein Deckungsvorschlag nach Geschäftsordnung verlangt. Zum Abschluss seiner Ausführung empfiehlt der Oberbürgermeister, Herr Schneider, dem Stadtrat ganz dringend den Antrag der PDS-Stadtratsfraktion, so wie er formuliert ist, abzulehnen.

Die Fraktionsvorsitzende der PDS-Stadtratsfraktion, Frau May, sieht im Antrag eine letzte Chance, diese unsinnige Anlage in Frage zu stellen. Für die Fraktionsvorsitzende sind die Kosten und der Standort verheerend. Des Weiteren weis sie nicht, wie sich die Gerichtskosten errechnen, sie sieht sie jedenfalls geringer. Als Deckungsvorschlag nimmt die Fraktionsvorsitzende der PDS-Stadtratsfraktion, Frau May, die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer.

Das Stadtratsmitglied, Frau Fischer, erklärt, dass der Streit über die Müllverbrennungsanlage schon lange wehrt und sie Alternativen sieht, über die man nochmals nachdenken sollte.

Das Stadtratsmitglied, Herr Schweßinger, stellt fest, dass die B 90/Die Grünen Stadtratsfraktion weiterhin den Bau der Müllverbrennungsanlage ablehnt und die Gründe bekannt sind. Des Weiteren geht das Stadtratsmitglied, Herr Schweßinger, nochmals auf die für ihn undemokratische Stimmabgabe in den Verbänden ein und dies sollte nochmals geprüft werden. Für das Stadtratsmitglied, Herrn Schweßinger, gibt es Unstimmigkeiten beim Abstimmungsverhalten in der Verbandsversammlung. Zum Antrag der PDS-Stadtratsfraktion stellt die B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion einen Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut: „Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, den Beschluss des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestthüringen (ZAS) vom 29.04.2005 zur Vergabe der Leistungsphase III zur Errichtung einer Restabfallbehandlungsanlage am Standort Zella-Mehlis zu beanstanden und auf Rechtmäßigkeit prüfen zu lassen.“ Schwierigkeiten hat das Stadtratsmitglied, Herr Schweßinger, mit dem zweiten Satz und bittet um eine nochmalige Erklärung. Den Antrag des Oberbürgermeisters trägt das Stadtratsmitglied, Herr Schweßinger, mit, weil er auf die Satzung des AZV gerichtet ist.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, verweist zur Klärung auf das Protokoll und darauf, dass mehrere Verbandsräte den Saal verlassen haben zur Beschlussfassung.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Doht, fragt, über was nun abgestimmt werden soll. Nach seiner Auffassung liegen Änderungsanträge vor, die nicht zusammenpassen und deshalb sieht der Fraktionsvorsitzende auch noch Klärungsbedarf. Des Weiteren erläutert der Fraktionsvorsitzende, Herr Doht, nochmals die Position der SPD-Fraktion. Für den Fraktionsvorsitzenden, Herrn Doht, steht fest, dass die Grundsätze des Gesetzes und das Stimmführerprinzip geprüft werden sollten, allerdings nicht an einen konkreten Tatbestand geknüpft. Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Doht, bittet den Oberbürgermeister um Erläuterungen zu seinem Antrag.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, begründet seinen Änderungsantrag und verweist darauf, dass ein wichtiger Punkt in der Satzung nicht unter die 4/5 Regelung gestellt wurde und dies soll geprüft werden. Des Weiteren weist der Oberbürgermeister, Herr Schneider, darauf hin, dass eine eventuelle Beschlussfassung zum Antrag der PDS-Stadtratsfraktion aus Sicht des Deckungsvorschlages beanstandet werden müßte.

Das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, macht deutlich, dass der Oberbürgermeister eine Beauftragung durch den Stadtrat hatte zum Stimmverhalten. Der Oberbürgermeister war aber gezwungen entgegen seiner Beauftragung zu stimmen und dies ist für das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, bedenklich und muss geklärt werden. Wie die Klage von Zella-Mehlis gegen die BIMSCH-Genehmigung ausgeht, kann das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, nicht voraussehen und für sie ist der Ansatz ein anderer. Die Verknüpfung mit der Leistungsphase III wurde von der PDS-Stadtratsfraktion bewußt gewählt, weil der Beschluss, der beanstandet wird, zur Vergabe der Leistungsphase III geführt hat. Hätte der AZV nach Meinung des Stadtratsmitgliedes, Frau Wolf, seine 10 Stimmen anders abgegeben, wäre nur ein Nein möglich gewesen und dann wäre es nicht zur Vergabe der Leistungsphase III gekommen und es wäre diese Anlage nicht gebaut worden. Die Frage des Wirtschaftsplanes kann nach Auffassung des Stadtratsmitgliedes, Frau Wolf, nicht mit dieser Abstimmung verknüpft werden.

Abstimmung über den Änderungsantrag der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion:

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, den Beschluss des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestthüringen (ZASt) vom 29.04.2005 zur Vergabe der Leistungsphase III zur Errichtung einer Restabfallbehandlungsanlage am Standort Zella-Mehlis zu beanstanden und auf Rechtmäßigkeit prüfen zu lassen.

**Abstimmung: 15 Stimmen dafür
 10 Stimmen dagegen
 2 Stimmenthaltungen**

Damit ist der Antrag angenommen.

Abstimmung über den Änderungsantrag des Oberbürgermeisters:

Die Verbandsräte der Stadt Eisenach im Abfallzweckverband werden beauftragt, eine Erweiterung der Verbandssatzung des AZV in der nächsten Verbandsversammlung zu beantragen. Hierbei sind vorbereitende Beschlüsse des AZV für die Verbandsversammlung des ZASt in den § 7 aufzunehmen und unter die 4/5 Mehrheit zu stellen.

Abstimmung: **27 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Damit ist der Antrag angenommen.

Beschluss-Nr.: 0182/2005

Das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, macht deutlich, dass Frau May einen Deckungsvorschlag unterbreitet hat und die Kosten nicht voraussehbar sind.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, verweist nochmals auf seine Rede zur Einbringung des Haushaltes und seine Ausführungen zur Begründung des Änderungsantrages.

Abstimmung zum Antrag der PDS-Stadtratsfraktion mit folgendem Wortlaut:
 „Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, den Beschluss des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestthüringen (ZAST) vom 29.04.2005 zur Vergabe der Leistungsphase III zur Errichtung einer Restabfallbehandlungsanlage am Standort Zella-Mehlis zu beanstanden. Somit ist zur Sicherung der Rechte der Stadt Eisenach und der Schadensminimierung nach § 123 VwGO beim zuständigen Verwaltungsgericht ein Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz zu stellen.

Abstimmung: 11 Stimmen dafür
 11 Stimmen dagegen
 4 Stimmenthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Pause von 18.40 Uhr bis 19.00 Uhr

Nr. 24 der TO: Antrag der EA-Stadtratsfraktion – Behindertengerechte Gestaltung der Stadtratssitzungen

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Das Stadtratsmitglied, Frau Fischer, bedankt sich für eine schon vorgenommene Teilumsetzung des Antrages.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, erklärt, dass der Antrag für ihn nicht erledigt ist, weil er zu diesem Thema schon längere Zeit mit der Behindertenbeauftragten im Gespräch ist, um das Eine oder Andere zu verbessern. Es wurden speziell die Rollstuhlfahrer angesprochen und hier müssen noch einige Dinge geschaffen werden.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Der Antrag der EA-Stadtratsfraktion - Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die Sitzungen des Stadtrates in Zukunft für behinderte Zuhörer besser gestaltet werden können – wird in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmung: 24 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltung

Nr. 25 der TO: Antrag der EA-Stadtratsfraktion – Gedenkstein für Außenlager KZ Buchenwald Emma

Das Stadtratsmitglied, Frau Fischer, begründet den Antrag.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, macht deutlich, dass der Antrag in den zuständigen Ausschuss gehört und die Zeitvorgabe so nicht gehalten werden kann und aus dem Beschlussvorschlag herausgenommen werden sollte. Des Weiteren liegt zum Antrag kein Deckungsvorschlag vor, dieser ist ebenfalls zu benennen.

Das Stadtratsmitglied, Frau Fischer, macht den Vorschlag, vom Sitzungsgeld dieses soziale Engagement zu unterstützen.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, macht deutlich, dass nicht über das Sitzungsgeld der anderen Stadtratsmitglieder verfügt werden kann.

Das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, macht deutlich, dass ein Deckungsvorschlag im Ausschuss erarbeitet werden kann.

Das Stadtratsmitglied, Frau Fischer, schlägt als Terminvorschlag den 09. November 2005 vor.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Der Antrag der EA-Stadtratsfraktion - Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass in angemessener Form ein Gedenkstein an der Straße zwischen Hötzelsroda und Eisenach aufgestellt wird. Dieser Gedenkstein soll an das Außenlager Emma des KZ Buchenwald und die dort geschehenen Verbrechen erinnern – wird in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus verwiesen.

Abstimmung: 24 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltung

Nr. 26 der TO: Dringlichkeitsantrag der PDS-Stadträtin, Frau Wolf – Castortransporte

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Der Stadtrat bittet den Oberbürgermeister zu berichten, welche Auswirkungen der für Montag geplante Castortransport auf die Stadt Eisenach und ihre Bürgerinnen und Bürger haben wird. Dabei soll der Oberbürgermeister im Besonderen darauf

eingehen, welche Einschränkungen es geben und wie die Sicherheit der Bevölkerung gewährleistet sein wird.

**Abstimmung: 24 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0183/2005

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, informiert über den Castortransport.

Nr. 27 der TO: Anfragen

Reg.-Nr. 57/2005 Anfrage der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion
Thema: Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit des Thüringer
Finanzausgleichsgesetzes 2005 - Verfassungsbeschwerde
Es gibt keine Zusatzfrage.

Reg.-Nr.: 58/2005 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion
Thema: TEAG Aktien
Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Doht,
fragt, welche Position der Oberbürgermeister beim Auslaufen der
Konzessionsverträge mit der TEAG hinsichtlich der Ortsteile hat.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, erklärt, dass seine Position
eindeutig ist und der Versorgungsbereich in die EVB eingebracht
werden soll.

Reg.-Nr.: 59/2005 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion
Thema: Geltungsbereich städtischer Satzungen

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Doht, er-
klärt, dass die Frage 3 für ihn nicht beantwortet ist. Des Weiteren
macht er deutlich, dass man den Weg gehen kann, aber eine In-
formation an den Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss nötig ge-
wesen wäre.

Für den Oberbürgermeister, Herrn Schneider, war dort eine breite
Öffentlichkeit hergestellt. Sollte dies Versäumnisse gegeben haben,
tut dies dem Oberbürgermeister leid.

Reg.-Nr.: 60/2005 Anfrage der PDS-Stadtratsfraktion
Thema: Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen in Unter-
nehmen
Es gibt keine Zusatzfragen.

Reg.-Nr.: 61/2005 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion
Thema: Stellungnahme zur Aussage des SPD-Generalsekretärs –
finanzielle Entlastung durch Hartz IV
Es gibt keine Zusatzfragen.

- Reg.-Nr.: 62/2005 Anfrage der EA-Stadtratsfraktion
Thema: Umgang mit persönlichen Vorteilen für Vertreter der Stadt
Es gibt keine Zusatzfragen.
- Reg.-Nr.: 63/2005 Anfrage der PDS-Stadtratsfraktion
Thema: Privatisierung der beiden kommunalen Nahverkehrsgesellschaften
Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Doht, ist etwas verwundert über die Teilfrage 1 auf der Seite 2 und weist darauf hin, dass dazu ein Stadtratsbeschluss notwendig ist.
- Reg.-Nr.: 64/2005 Die Anfrage der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion wird im nichtöffentlichen Teil behandelt, da es sich um eine Grundstücksangelegenheit handelt.
- Reg.-Nr.: 65/2005 Anfrage der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion
Thema: Fusion Zusammenführung KVG und PNG
Die Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt, fragt, was mittelfristig ab heute ist? Des Weiteren zitiert die Fraktionsvorsitzende aus der Antwort und fragt, ob der Oberbürgermeister sich der Konsequenz bewußt ist, dass es dadurch im Juni und Juli bei der KVG zu einer Reduzierung oder gar keiner Gehaltszahlung kommen kann. Die Fraktionsvorsitzende, Frau Rexrodt fragt weiter, ob es nicht möglich gewesen wäre, noch einen Haushaltsvorgriff für die 1. Rate als Beschlussvorschlag einzubringen.
- Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, verweist auf die Beantwortung und auf die schwierige Lage im Personennahverkehr nach Auslaufen der Konzessionsverträge. Die Frage für den Oberbürgermeister ist, ob die Gesellschaft bis zum Auslaufen der Verträge 2010 wettbewerbsfähig ist oder nicht. Mittelfristig ist für den Oberbürgermeister bis 2010. Des Weiteren erklärt der Oberbürgermeister, Herr Schneider, dass die Stadt Eisenach an der Gesellschaft 25 % hält und er darauf aufpassen wird, dass bei einer Zusammenlegung unsere KVG nicht darunter leidet und der Stadtverkehr keinen Schaden nimmt. Die Stadtverwaltung bringt natürlich dann einen entsprechenden Beschluss ein. Zum Abschluss macht der Oberbürgermeister, Herr Schneider, deutlich, dass unsere KVG von der Effizienz führend in Thüringen ist.
- Reg.-Nr.: 66/2005 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion
Thema: Maßnahmen der Stadt gegen Überschwemmungen
Es gibt keine Zusatzfragen.
- Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, informiert über eine größere Beratungsrunde am heutigen Tag. Des Weiteren werden mit den Anglern wegen der Rückhaltebecken entsprechende Gespräche geführt.
Für den Fraktionsvorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion, Herrn Doht, ist es wichtig, dass etwas geschieht.

Ende der öffentlichen Sitzung um 18.42 Uhr – Pause bis 18:45 Uhr

Nichtöffentlicher Teil

Meyer
Vorsitzender
des Stadtrates

f.d.R.d.P.: Steffan
Schriftführer
30.05.2005